

# Wenn Nutzen zählt, wird es für die Politik unbequem

Michael Fiedler

„Wir zahlen nur noch für das, was einen nachweisbaren Nutzen bringt“ – dieser Satz der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat unerwartete Sprengkraft, meint Michael Fiedler, Chefredakteur von Experten.de im Kommentar. Denn wer diesen Satz ernst nimmt, kommt schnell zu einer unbequemen Frage: Warum gilt dieser Maßstab nicht auch für politische Strukturen, Subventionen und Institutionen?



Quelle: Jörg Singer

Denn ja: Die Logik ist schwer zu bestreiten. Warum sollten Beitragsgelder für Leistungen eingesetzt werden, deren Wirkung nicht belastbar nachgewiesen ist? In der Debatte um Homöopathie wird genau das seit Jahren diskutiert – wissenschaftlich lässt sich ein Nutzen über Placeboeffekte hinaus nicht belegen.

So weit, so konsequent. Nur: Dieser Maßstab wirkt plötzlich erstaunlich selektiv. Denn wenn „nachweisbarer Nutzen“ wirklich zum politischen Leitprinzip werden soll, stellt sich

eine unangenehme Anschlussfrage: Warum endet dieser Anspruch ausgerechnet im Gesundheitswesen?

## Zwei Sitze, ein Parlament – und welcher Nutzen?

Nehmen wir das Europäische Parlament. Es tagt in Brüssel – und in Straßburg. Monat für Monat ziehen Abgeordnete, Mitarbeiter und Akten um. Kosten: hoch. Aufwand: enorm. Symbolik: europäische Versöhnung. Aber der nachweisbare Nutzen? Schwer messbar. Oder anders gesagt: Würde man den gleichen Maßstab anlegen wie bei medizinischen Leistungen, müsste man zumindest fragen, ob dieses System noch „evidenzbasiert“ ist – oder eher traditionsbasiert.

## Förderprogramme: Wirkung oder Gewohnheit?

Deutschland ist ein Land der Programme: Strukturförderung, Klimafonds, Digitalpakete. Viele davon gut gemeint – manche auch gut gemacht. Aber längst nicht alle werden systematisch auf ihre tatsächliche Wirkung überprüft. Milliarden fließen in Projekte, deren Effekte oft erst Jahre später – oder gar nicht – messbar sind. Im Gesundheitswesen würde man sagen: fehlende Studienlage.

## Subventionen: politischer Placeboeffekt?

Ob Dieselprivileg, Agrarsubventionen oder Einzelindustrieförderung – vieles existiert, weil es einmal eingeführt wurde. Nicht unbedingt, weil es heute noch den größten Nutzen stiftet. Manche Maßnahmen wirken dabei fast wie ein politisches Placebo: Sie beruhigen, signalisieren Handlungsfähigkeit – aber ob sie strukturell etwas verbessern, bleibt offen.

## Verwaltung: Mehr Struktur = mehr Nutzen?

Auch die föderale Struktur ist ein Klassiker: 16 Bundesländer, eigene Bildungsministerien, eigene Polizeistrukturen, eigene

IT-Projekte. Vielfalt hat ihren Wert – keine Frage. Aber auch hier stellt sich die nüchterne Frage: Wo ist der messbare Mehrwert – und wo beginnt ineffiziente Doppelarbeit?

## Die unbequeme Konsequenz

Der Satz der Ministerin ist richtig. Vielleicht sogar überfällig. Aber er ist auch gefährlich – zumindest für die Politik selbst. Denn wer beginnt, Leistungen konsequent am „nachweisbaren Nutzen“ zu messen, kann sich nicht auf einzelne Bereiche beschränken. Dann müsste plötzlich vieles auf den Prüfstand:

- Institutionen
- Subventionen
- Programme
- Strukturen

Und nicht nur Globuli.

## Ende ohne Trostpflaster

„Wir zahlen nur noch für das, was einen nachweisbaren Nutzen bringt“ – das klingt nach Aufbruch. Es wäre einer. Wenn man den Mut hätte, den Satz ernst zu nehmen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949383/Wenn-Nutzen-zaehlt-wird-es-fuer-die-Politik-unbequem/>